G 5931 Dezember/Januar 12/1999/1/2000

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

Es bleibt, wie es ist!?
Erwartungen an das 21. Jahrhundert

Alle Bundesvorstandsmitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU haben wir gebeten, einen Blick ins 21. Jahrhundert zu werfen:

„**An der Schwelle** der Jahrhundertwende ist viel die Rede vom Wertewandel und Werteverlust, von Orientierungslosigkeit und der Suche nach dem Sinn des Lebens. Mit Blick auf das 21. Jahrhundert gehen meine Erwartungen dahin, dass dieser Zustand zu einem Umdenken und zu einer damit einhergehenden Mentalitätsänderung führt. So gehen meine Erwartungen dahin, dass unsere Kirchen sich wirklich nachhaltig gegen Profanisierungs- und Entheiligungstendenzen stemmen, sich mit der Kraft des Wortes in der Welt wieder nachdrücklicher Gehör verschaffen und erkennbar werden lassen, dass in ihren sakralen Räumen Gottes Gebote weiter gültig sind, die den Menschen Wege der Orientierung aufzeigen."
Hans Bleckmann

„**Ich bin aufgrund** der Botschaft von Jesus Christus mit Zuversicht überzeugt, dass GOTT, wie es auch kommen mag, HERR des 21. Jahrhunderts wie aller Zeit ist. Unter diesem Vorbehalt erwarte ich, dass es zu einer Rückbesinnung auf die christlichen Werte kommen wird, weil viele Menschen zunehmend erkennen werden, dass es sich hier nicht um einen „beliebigen traditionellen Ballast", sondern um das lebensbewahrende und -erfüllende Fundament handelt, dass es aufgrund des fortschreitenden Globalisierungsprozesses zu einer Stärkung der UNO und zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den Nationen kommen wird, dass es angesichts der ansonsten drohenden globalen Eskalation aufgrund weiter fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnisse zu einer befriedigenden Lösung der Umwelt- und Ernährungsprobleme kommen wird und die sozialen Fragen auch global verstärkt und verantwortungsbewusst wahrgenommen und möglichst entschärft werden."
Hans Bookmeyer, MdL

Jochen Borchert

„Viel! Das erste Drittel werde ich, so Gott es will, selbst noch erleben. Für diese absehbare Zukunft wünsche ich mir berufstätige, familiär glückliche Kinder, fröhliche und gesunde Enkelkinder und eine lange, aktive Zeit, die ich mit meiner Frau genießen und gestalten kann. Insgesamt hoffe ich für das nächste Jahrhundert, dass es geprägt ist von einer Politik, die den Zusammenhalt der Generationen, mithin der ganzen Gesellschaft, stärkt, dabei die individuelle Freiheit schützt und gleichzeitig das Verantwortungsbewusstsein jedes einzelnen für eine funktionierende Demokratie, sichere rechtliche und materielle Verhältnisse und eine saubere Umwelt fördert. Das sind große, aber erreichbare Ziele. Ob mein Traum vom alle Menschen einschließenden ‚Ewigen Frieden' Wirklichkeit wird, muss dahingestellt bleiben. Aber daran arbeiten sollten wir immer, auch in allen folgenden Jahrhunderten."
Jochen Borchert, MdB

„**Das 21. Jahrhundert** muss ein Jahrhundert der Demut sein oder es wird gar keins sein. Nur wenn wir akzeptieren, dass das Bibelwort „..macht euch die Welt untertan" nicht bedeutet:

Themen:

Das Christusjahr 4
Frieden im Kosovo? 7/8
Kirche im Libanon 10
Gerhard Schröder 15

„macht, was ihr wollt und könnt", haben wir eine Chance. Die Bibel sagt vielmehr: Nutzt die Natur, die euch als Umwelt umgibt, und achtet die Natur des Menschen, so wie er ist.

Wir dürfen nicht der mitunter verständlichen Versuchung erliegen, neue perfekte) Menschen schaffen zu wollen. Das hieße doch: „.. macht euch einander untertan". In der Bibel aber heißt es: „.. macht euch die Welt untertan". Das setzt Demut voraus. Die Demut, verantwortungsvoll mit unserer Erde umzugehen und den Menschen als von Gott geschaffenes Individuum zu begreifen. Nur daraus kann Frieden wachsen."
Stefan Dachsel

„**Zuallererst erwarte ich**, dass das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens werde. Die vorherrschenden Überzeugungen in Deutschland und Europa sollten christliche Überzeugungen sein, die für das Zusammenleben der Menschen sich an der Bergpredigt orientieren. Es möge im geeinten Europa der Ausbau föderaler Strukturen und die wirkliche Geltung des Prinzips der Subsidiarität Raum greifen. Ich erwarte, dass im 21. Jahrhundert die Energieprobleme der Menschheit dadurch gelöst werden, dass die massenhafte Gewinnung von Wasserstoff aus Wasser mittels Sonnenenergie möglich wird, und dadurch Konflikte wegen der Nutzungsrechte an herkömmlichen Energiereserven der Erde nicht entstehen werden."
Dietmar Franke

„**Die Welt des** 21. Jahrhunderts wird von einem zunehmend multipolaren Machtgefüge geprägt sein. Neben den USA als einzig verbliebener Supermacht werden Europa, Japan und China als neue Regionalmächte Bedeutung erlangen. Europa wird als Modell für regionale Integration anderswo in der Welt dienen. Als parallele Entwicklung zur Globalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet wird die Regionalisierung im Kulturellen stehen. Regionen und kulturelle Einheiten werden an Identifikations- und Integrationskraft gewinnen, ohne dass der Nationalstaat aufhört zu bestehen. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, wird die internationale Staatengemeinschaft bei schweren Menschenrechtsverstößen entschlossener handeln, so dass die Menschenrechte christlich-abendländischer Prägung zunehmend eine universellere Bedeutung bekommen."
Dr. Ingo Friedrich, MdEP

Dr. Ingo Friedrich

„**Ich erwarte, dass** sich durch die zunehmende Sensibilität aller der notwendige schonende Umgang mit der Schöpfung zu einer prägenden Grundhaltung menschlichen Handelns weiterentwickelt. So sollen weltweit, besonders auch in den Ländern, deren Einkommenssituation im unteren Drittel des Weltniveaus liegt, wirtschaftliche Strukturen geschaffen werden, die die natürlichen Ressourcen bewahren und unsere Existenzgrundlage erhalten.

Ich wünsche, dass es gelingen möge, die Herausforderung eines eigenverantwortlichen Lebens nicht als Überforderung oder als Verweigerung staatlicher Fürsorge zu erleben, sondern darin die Verwirklichung der uns gegebenen Chancen und Fähigkeiten zu sehen und somit unsere Individualität, unsere Freiheit als Geschöpf Gottes anzunehmen."
Staatsminister Dr. Hans Geisler, MdL

„**Eine Gesellschaft voller** Zuversicht und Lebensfreude ebenso wie mit Toleranz und Engagement. Eine Gesellschaft, die ohne Rollenklischees auskommt und Festlegungen auf Wirtschaft und Arbeit oder Familie der Vergangenheit angehören lässt, dafür aber Optionen und Möglichkeiten eröffnet zum Abbau von Hindernissen für eine soziale Integration von Familie und Beruf. Es ist selbstverständlich, dass Frauen die Entwicklungen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse aktiv mitbestimmen. Eine Politik, die den besseren Argumenten Vorrang gibt statt der Selbstdarstellung, die zuhören kann und auch andere Meinungen zulässt, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Macht, die persönliche Empfindungen und Gefühle Eingang in die Politik finden lässt. Eben eine menschliche Politik und eine menschliche Gesellschaft."
Friederike de Haas, MdL

„**An der Schwelle** zum nächsten Jahrhundert stehen wir vor einem globalen Wandel, der praktisch alle Bereiche unseres Lebens erfasst. Dieser Wandel stellt uns nicht nur vor neue technische, ökonomische und politische Herausforderungen, er stellt uns vor allem auch vor geistige Herausforderungen, die eine bewusste Prüfung unseres Handelns anhand christlich-sittlicher Wertmaßstäbe erfordern.

Nur ein umsichtiges, einfühlsames und verantwortungsbewusstes Vorgehen, das die Interessen der einheimischen Bevölkerung ebenso ernst nimmt wie die Belange der integrationswilligen Ausländer, kann im 21. Jahrhundert ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kulturkreise in unserem Land garantieren. Voraussetzung ist, dass die Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, wie sie das Grundgesetz prägt, als Leitkultur akzeptiert wird.
Harald Häßler

„**Vom 21. Jahrhundert** erwarte ich, dass es ein friedvolleres sei als alle seine Vorgänger, indem die Menschen lernen, Konflikte mit nicht-kriegerischen Mitteln auszutragen, dass es die Würde des Menschen wahrt oder wiederherstellt, dass es Leben unter menschlichen Bedin-

Dr. Hans Geisler

gungen gewährleistet und zu Toleranz und Menschlichkeit führt, dass die Menschen wieder zu Gott finden und ihr Denken und Tun auf ihren Glauben gründen, dass der Einzelne die Kraft und Möglichkeit findet, seiner Aufgabe und Verantwortung gerecht zu werden, und dass die Schwachen gewiss sind, Hilfe zu finden."
Johanna Köhler

„**An der Schwelle** zum 21. Jahrhundert stehen wir in Deutschland vor tiefgreifenden Veränderungen. Freiheit und Selbstverantwortung werden unser Leben weit stärker prägen als bisher, und die Solidarität mit den Schwachen wird sich weit mehr auf die wirklichen Bedürfnisse konzentrieren müssen, als vielen derzeit bewusst ist. Die Bevölkerung unseres Landes wird im Durchschnitt erheblich älter sein als heute, und es werden mehr Ausländer oder deutsche Staatsangehörige anderer Herkunft unter uns leben. Das erfordert Toleranz im Umgang der Generationen miteinander und mit anderen Kulturen, wirft aber auch die Frage auf, wie diese Gesellschaft zu einem funktionsfähigen Gemeinwesen integriert werden kann.

Christine Lieberknecht

Wissenschaft und Forschung werden sich in großer Geschwindigkeit entwickeln, so dass der Abstand zwischen dem, was wir können, und dem, was wir verantworten können, zunehmen wird. Alle diese Entwicklungen verlangen ein klares geistiges Koordinationssystem, Vertrauen und Zuversicht. Deshalb ist es wichtig, für ein lebendiges Christentum zu wirken und neue missionarische Kraft im Geist Jesu Christi zu entfalten."
Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht, MdL

„**Ich hoffe, dass** Gott auch im 21. Jahrhundert die Welt in seiner Hand hält, dass möglichst viele Menschen sich von dieser Gewissheit trösten lassen und in ihrem Leben etwas von dieser Gewissheit spüren lassen. Ich hoffe, dass darum möglichst viele Menschen auch des deutschen Volkes der Zukunft mutig und ein bisschen fröhlich entgegengehen. Schließlich hoffe ich, dass alle Politiker wissen, dass sie ein Jahrhundert nicht verplanen können, sondern dass sie warten sollen auf den Augenblick, in dem sie einen Zipfel des Mantels Gottes ergreifen können, und dass sie den Mut haben, das dann auch zu tun. Das könnten sie bei Bismarck finden."
Albrecht Martin, Staatsminister a.D.

„**Ich erwarte mir** weiterhin große Herausforderungen an die Menschheit. Diese mögen in modernen Technologien ebenso wie in neuen und schon überwunden geglaubten Ideologien begründet sein. Ich habe die Hoffnung, dass wir all diesen Herausforderungen in Übereinstimmung mit dem christlichen Geist Herr werden, indem wir ein gemeinsames solidarisches und tolerantes Miteinander wagen."
Thomas Rachel, MdB

„**Die zentrale Erwartung** an das 21. Jahrhundert kann nur ein beständiger Friede in einem nach Osten erweiterten demokratischen Europa sein. Daran knüpft sich die Hoffnung, dass in einem zukünftig religiös pluralen Europa christliche Kultur und christliche Normen bestimmende Kräfte bleiben.
Den Ängsten und Sorgen vieler Zeitgenossen um das Überleben der Menschheit angesichts eines ökologischen und ökonomischen Krisenszenarios setze ich die Hoffnung entgegen, dass die Politik mit größerer Verantwortung als bisher sich dem Erhalt der Schöpfung und der Entwicklung der ärmeren Länder verpflichtet sieht und menschengemachte Katastrophen zu vermeiden sucht. Ich hoffe, dass es der deutschen Politik auch in Zukunft gelingt, die soziale Balance zu erhalten, die die Stabilität unseres demokratischen Staates seit 50 Jahren garantiert hat."
Eleonore Rudolph, MdHB

„**Nachdem für uns** das ausgehende Jahrhundert die Wiedervereinigung

Thomas Rachel,

Deutschlands brachte, hoffen wir auf eine blühende und friedvolle Entwicklung unseres Landes in der nahen Zukunft. Die noch bestehenden „Grenzen" zwischen den Menschen können durch einen offeneren und bewussteren Umgang miteinander beseitigt werden. Es ist uns wichtig, dass wir gemeinsam mit unseren Nachbarländern an einem geeinten Europa arbeiten. Auf der Basis unserer christlichen und ethischen Werte möchten wir einen Weg zum Mit- und Füreinander von Jung und Alt, von Links und Rechts, von Ost und West bahnen und gestalten."
Michael Schekatz

„**Es wird zu** großen Umbrüchen im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland kommen. Ich erkenne schon heute den Aufbruch, weg von der verwaltenden Pfarrherrenkirche hin zu einer aktiven Mitgliederkirche. Die persönliche Glaubensbeziehung wird zum Schwerpunktthema in den Gemeinden werden. Nach dem materialistischen 20. Jahrhundert erwarte ich ein geistliches 21. Jahrhundert."
Tobias Utter

„**Als Realist erwarte** ich auch im 21. Jahrhundert Nachrichten über Kriege, Katastrophen und Tod. Dennoch: die Menschheit ist am Ende des 20. Jahrhunderts vielleicht einige Schritte weiter. Menschenrechte und Demokratie sind anerkannt, Kommunikation und internationale Zusammenarbeit bauen Brücken. Erstmals wurde Vertreibung rückgängig gemacht. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht länger „innere Angelegenheit". Das eröffnet Hoffnung für eine wertgebundene, weltweite Zivilgesellschaft. Christen sollten an ihren Fundamenten mitarbei-

ten, auf festem Grund (1. Kor. 3,11f., 2. Tim. 2,19). Die Zeit steht auch zukünftig in Seinen Händen (Ps. 31,16). Das bleibt unsere Hoffnung gegen alle widrigen Wirklichkeiten in der Zeit."
Klaus Weigelt

Karin Wolff

„**Das 21. Jahrhundert** wird den „Inseln des Wohlstandes" aufgrund der unterschiedlichen demographischen Entwicklung neue Verteilungskonflikte bringen, die wir nur durch eine Verbesserung und Verfeinerung des Instrumentariums der internationalen Politik werden bewältigen können. Die immer schnellere Entwicklung neuer Technologien wie z. B. der Informations-, Kommunikations- und Medientechnologien oder der Gentechnologien, bieten uns neue Chancen, die wir ergreifen müssen, beinhalten aber Risiken, die wir bändigen müssen. Die Frage der Werte wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Religiöser Glaube und Werte stehen in einem engen Zusammenhang. Wir werden im 21. Jahrhundert feststellen, dass die Fragen des Glaubens wieder von stärkerer Bedeutung sein werden, und wir werden eine Gegenbewegung zur Säkularisierung erleben."
Uwe Wienholz

„**Je mehr die** wirtschaftliche Tendenz sich weiter auf den globalen Markt zubewegt, erwarte ich als Gegenbewegung die Sehnsucht nach Sicherheit und Geborgenheit im regionalen Umfeld. Je mehr Menschen merken, dass Pluralismus zur Beliebtheit verkommt, umso mehr werden sie nach Gemeinsamkeit und Verbindlichkeit suchen. Neben diesen eher optimistischen Spannungsbögen bin ich nicht sicher, ob und wie die freie Welt die neuen Konfliktherde und die immer neue Frage der Menschenrechte wird bewältigen können."
Kultusministerin Karin Wolff, MdL ■

Der EAK der CDU/CSU lädt ein:

Montag, 24. Januar 2000, 19.00 Uhr
Dietrich-Bonhoeffer-Haus,
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin

1. Berliner Theologisches Gespräch

mit **Prof. Dr. Wolfgang Huber,**
Bischof der Evang. Kirche
in Berlin-Brandenburg

Moderation:
Jochen Borchert, MdB

Anmeldung und Information:
Tel. 0228/544-306

Das Christusjahr – Eins von 2000

Klaus Teschner

Als ich vor drei Jahren die Kölner Messe für einen großen missionarischen Kongreß im Jahre 2000 buchen wollte, bekam ich bei der entscheidenden Verhandlung doch noch kalte Füße und sagte etwas zaghaft zu dem Messe-Manager: „Bitte tragen sie aber nur mit Bleistift ein, denn ich weiß noch nicht, ob ich das Geld dafür zusammenkriege". Da antwortete er einigermaßen enttäuscht und erstaunt: „Sie werden doch wohl den Geburtstag Ihres Gründers in angemessener Weise feiern wollen!"

Ich brauchte ein paar Schaltsekunden, um zu merken, wen er mit „Gründer" meinte. Richtig, den, den ich sonst meinen Heiland nenne, den Herrn der Kirche. Für den Manager war ich der Vertreter einer Firma, die doch viel älter ist als die Bayer AG Leverkusen, die in der KölnMesse ihre Mitgliederversammlung hat. Und diese christliche Firma macht nun ausgerechnet zum zweitausendsten Jubiläum ihres Firmengründers schlapp, finanziell und vielleicht auch spirituell? Dabei hat sie doch Grund zum Feiern!

Die Provokation ist mir beim Count-Down zum Millennium nie mehr aus dem Kopf gegangen. Wie oft hatten wir von Journalisten und Soziologen gehört, die Kirche müsse Flagge zeigen, sie dürfe nicht mit dem Herzstück ihrer Botschaft hinterm Berg halten und vor lauter Vorsicht unkenntlich werden. So habe ich jenen kleinen Propheten-Spruch aus Köln mit anderen Verantwortlichen in der Kirche geteilt – und daraus sind mehrere große Events hervorgegangen im „Christusjahr 2000", so sollte nämlich das „Millennium" in unserer Kirche heißen.

Wir wollten die zentralen Botschaften des Kirchenjahres an die Öffentlichkeit bringen, z.B. „Alles geschenkt!" (**Weihnachten**), „Alles eingebracht?" (**Erntedank**). Und wir wollten die Menschwerdung Gottes feiern. Wenn Jesus Geburtstag hat, dann ist das mehrere Feten wert.

Botschaften des Kirchenjahres

Nun weiß ich auch, dass das Jahr 0 kein sicheres Datum für die Geburt Jesu und den Beginn der christlichen Zeitrechnung ist; Herodes ist schließlich schon 4 vor Christus gestorben, also wäre Christus auch vor dem Jahre 0 geboren. Obendrein hat es in antiken Jahresfolgen nie eine 0 gegeben. Und übrigens:

2000 Jahre sind exakt erst am 1.1.2001 um 0.00 Uhr um. Es fällt also einiger mathematischer Raureif auf die Millenniums-Blüten. Man kann in der Tat genauer rechnen – prima, nur dann feiert man alleine – schade! Das hat „Die Zeit" messerscharf geschlossen und hier gilt: nomen est omen. Also die Gelegenheit beim Schopf gefaßt, die Zeit ausgekauft, bevor auch diese Zeitenwende wieder durch andere Mächte und Gewalten, Events und Trends besetzt ist und die Kirche dem Treiben der Welt nur staunend zuguckt. Angesichts des Millenniums haben wir die Aufgabe klarzustellen: „Es geht nicht nur um eine runde Zahl, sondern um einen **runden Geburtstag!**"

Am Anfang stand in der Tat die Faszination der runden Zahl – wie wenn auf der Autobahn unser Kilometer-Zähler plötzlich auf 100 000 springt, wir einigermaßen andächtig mit dem Tempo runtergehen und uns so mancherlei Gedanken durch den Kopf gehen: „Wahnsinn! Ach du Schreck! Du fährst sechsstellig und das ohne Unfall! Gott sei Dank!" Ähnliche Besinnlichkeit würde man sich nun auch für den Moment wünschen, in dem der Zähler für alle Menschen umspringen wird auf die runde Zahl 2000.

Das „Milleniums-Fieber": der große Mensch?

Viele werden aber zur Jahrtausendwende ihr Tempo stattdessen steigern: „**Millennium-Fieber**" nennt man das, auf der einen Seite apokalyptischer Schüttelfrost mit gruseligen Ausblicken auf eine 40 Meter hohe Flutwelle in der Nordsee oder auf einen Polsprung („Wie gruselig hätten Sie's denn gerne? Wir haben noch einige Visionen im Speicher!"), andererseits Hochstimmung und Stolz, so als hätten wir mit dem neuen Jahrtausend wirklich etwas Neues geschafft und als wäre Sekt viel zu billig, um auf uns selbst anzustoßen.

Dieses Fieber verbreitet sich nicht nur in den Großstädten, z.B. in Berlin, wo wir wohl zur Jahreswende die größte Party aller Zeiten zwischen Siegessäule, Brandenburger Tor und dem Berliner Dom erleben werden. Sondern auch in London, der „Heimat der Zeit". Dort könnte man in Greenwich den Übergang ins Dritte Jahrtausend feiern, dann in eine Concorde steigen und in New York alles noch einmal erleben und so die Zeit durch das eigene Tempo überlisten. Es ist aber alles ausgebucht. Auch der Millennium-Dome am Ostufer der Themse, wo früher die armen Leute wohnten: dort wird in einem riesigen Zeltbau eine 53 m hohe Menschenfigur, silbrig verkleidet, eingebaut, höher als die meisten Kirchtürme. Und in die Figur wiederum werden Ausstellungsräume eingebaut mit den bisherigen medizinischen Errungenschaften und weiteren Fortschrittsperspektiven der Menschheit.

Im Übergang von einem zum andern Jahrtausend also „der große Mensch". Wenn das nur gutgeht! So hat die anglikanische Kirche Mühe, darauf hinzuweisen, dass das Millennium überhaupt etwas mit Christus zu tun hat, dass wir im Jahre **2000 nach Christi Geburt** leben. Es ist nicht nur eine runde Zahl, die fasziniert, sondern Sein runder Geburtstag, der uns provoziert – zu ein paar ungewöhnlichen Gedanken.

Wenn wir nach ihm unsere Jahre zählen, dann sollten wir auch in unserem Leben auf ihn zählen. Wenn wir nach seiner Geburt rechnen, dann sollten wir auch mit ihm rechnen. Beides hängt miteinander zusammen, und beides ist nicht selbstverständlich.

Mit Christus „rechnen"!

Es gingen mehr als 500 Jahre Kirchengeschichte ins Land, bis die Kirche sich dazu entschloß, den Lauf der Welt nach Christus zu berechnen und seine Geburt als Startpunkt einer neuen Ära anzusehen. Vorher gab es viele verschiedene **Zeit-Rechnungen**, z.B. von der Erschaffung der Welt ab gezählt (so Gottes auserwähltes Volk Israel), z.B. von der Gründung der Stadt Rom ab gezählt (so römische Herrscher, wenn sie nicht gerade sich selbst zum Ausgangspunkt einer neuen Ära erklärten). Das aber hatte der Christenverfolger Diokletian getan und das Jahr seiner Thronbesteigung (283 n.Ch.) zum ersten Jahr einer neuen Ära erklärt. Es war der Mönch Dionysios Exiguus, der um das Jahr 550 n.Chr. die Unangemessenheit solcher heidnischer Zeitansagen bemerkte und es als eine Zumutung ansah, dass Christen und christliche Länder ihre Zeiten nach einem Christenverfolger rechnen mußten. Durfte der die Zeit ansagen, den Jahren auch noch nach seinem Tod seinen Namen und Stempel aufzwingen? Daher rechnete Dionysios ganz anders und neu „ab incarnatione", von der Empfängnis und Geburt Jesu ab, als Gott in unser armes Fleisch und Blut kam und sich nicht scheute, unsere Zeit und unsere Lebensverhältnisse und unser Leid zu teilen. Dionysios trug die Geschichte Jesu auf die Jahresskala der Kalenderreform des römischen Feldherrn Cäsar auf und kam so zu einer neuen Ära, der **Ära des Christus**.

Es ist also nicht selbstverständlich, dass wir unsere Tage nach Christus zählen und auch nicht, dass wir auf ihn zählen. Darum ist der kommende Jahrtausendwechsel eine **Provokation an unser Grund-Vertrauen** und unsere Lebens-Kalkulation, zunächst ganz persönlich. Wie sollten unsere paar Jahre zählen, wenn sie nicht in größerer Hand geborgen sind?! Was soll uns der große Rummel um ein neues Jahrtausend, ein lautstarkes „Pro-sit", wenn nicht Gott selbst „für-uns" ist?! Weil Christus aber in unsere Zeit gekommen ist, hat unser Leben Gewicht. Er ist ja um unseret willen gekommen, um jedem Einzelnen deutlich zu machen: „Dein Leben und auch Dein Sterben zählt vor Gott zählt,

„Ohne Sonntag gibt's nur noch Werktage"

Hannover. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre 24 Gliedkirchen haben eine bundesweite Öffentlichkeitsaktion für den Schutz des Sonntags gestartet. Mit Zeitungsanzeigen, Plakaten, Aufklebern und einem Kinospot wollen sie in den nächsten Wochen die Bedeutung des Sonntags als – wie es im Grundgesetz heißt – „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung" noch stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken.

... Mit ihrer Aktion tritt die evangelische Kirche als Anwältin der Gesellschaft aus. Sie will den Sonntag als gemeinsamen Ruhetag bewahren. Menschen brauchen den Sonntag: Arbeit und Ruhe müssen sich abwechseln. Der Sonntag unterbricht den Kreislauf von Arbeit und Konsum.

... Die Christen, die den Sonntag als Tag der Auferstehung Christi als ersten Tag der Woche feiern, stehen in der Tradition des Sabbats. Vor diesem religiösen Hintergrund setzen sich die EKD und ihre Gliedkirchen für den Sonntag als kulturelle und soziale Errungenschaft für alle Menschen ein.

auch wenn Menschen dich ganz vergessen würden". Wer sein eigenes Leben für unwichtig hält, tut Gott weh und unrecht. Denn Gottes Liebesmühe zeigt, dass wir etwas wert sind. Das hat auch gesellschaftliche Relevanz.

Neue Ära mit Christus

Mit Christus ist weltweit eine neue Ära angebrochen. Er hat eine neue Währung, neue Werte in Umlauf gebracht. Ära kommt im Lateinischen von den Münzen, genauer den „Erzstücken", die in einer neuen Herrschaftszeit geprägt wurden und dann im Geschäftsverkehr galten. Was zählt denn nun seit Christus? Ganz einfach und doch unüberbietbar:

- Es zählt die **Gnade** Gottes und nicht die **Leistung** des Menschen. Auch wer nichts mehr tun kann, ist noch lange nicht verloren, weder abgeschrieben, noch abgetrieben.
- Es zählt die **Barmherzigkeit** und nicht die **Rache**. Wer alles Unrecht mit gleicher Münze heimzahlt, kommt nicht zum Frieden. Dann bleiben immer wieder neue Rechnungen offen, und eine Schuld produziert die nächste. Darauf, dass Kriege, Kleinkriege, wie alle beschwörend sagen, wieder zum normalen Kalkül der Politik gehören, können wir nicht stolz sein. Es ist entsetzlich genug, dass wir uns und anderen in mehreren Konflikten nicht anders zu helfen wußten als mit Gewalt. Daran dürfen wir uns nicht gewöhnen.
- Es zählt der **Dienst** und nicht **die Ehre**. Manche Menschen leben total auf Außenwirkung, der Bewunderung anderer Menschen entgegen. Ob das für alle Zeiten zählt? Nur, was Gott positiv bewertet, gilt ohne Verfallsdatum.

All diese Werte und Währungen sind noch im Umlauf. Sie gehen durch unsere Hände, mal empfangen wir sie, mal geben wir sie weiter. Es ist gut, dass unsere kleine Lebensgeschichte Anschluß an die für alle Welt geltende **Christus-Geschichte** bekommt. Nur so werden wir jetzt „millenniums-kompatibel", fit und froh für ein neues Jahrtausend.

Die Sorge, ob wir darauf richtig eingestellt sind, sollten wir nicht den Computern überlassen. Wie wär's an Silvester mit jener Geste, die die anglikanische Kirche für die ganze Nacht bei geöffneter Kirchentür anbietet: „a candle – a prayer"! **„Eine Kerze – ein Gebet"**! Oder wie wär's, nach jenem unvermeidlichen Silvester-Kultfilm mit einem „Dinner for every one"? Es gibt noch Leute, die sich über Einladungen freuen! Sie werden doch wohl den Geburtstag Ihres Gründers in angemessener Weise feiern wollen. ■

Anm.:

Pastor Klaus Teschner ist als Landeskirchenrat im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland zuständig u.a. für theologische Grundsatzfragen und für die Vorbereitung einiger Millenniums-Veranstaltungen.

Udo Hahn: Zeitzeichen 2000 - Herausforderung für Religion und Gesellschaft

An der Schwelle eines neuen Jahrtausends gilt es, Bilanz zu ziehen, Perspektiven zu entwickeln und sich über Hoffnungen, Ängste und Befürchtungen klar zu werden. Betroffen davon sind alle Lebensbereiche – im nationalen wie im internationalen Maßstab. Udo Hahn hat Beiträge von prominenten Personen des öffentlichen und kirchlichen Lebens zusammengestellt, die sich mit den komplexen Herausforderungen des bevorstehenden Jahrtausends auseinandersetzen.

Mit Beiträgen von:
Eugen Biser, Ignatz Bubis, Hans-Otto Hahn, Udo Hahn, Wolfgang Huber, Renate Köcher, Manfred Kock, Hans Küng, Konrad Raiser, Michael Rutz, Annette Schavan, Udo Tworuschka, Bernhard Vogel, Norbert Walter, Ernst-Ludwig Winnacker.

192 Seiten, GTB 1140, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1999, ISBN 3-579-01140-5

Als Seelsorger in Mazedonien und im Kosovo – ein Rückblick!

Werner Herrmann

Samstag, 10. April – Flugplatz Penzing - mit gemischten Gefühlen besteige ich das Flugzeug in Richtung Skopje. Donnerstag, 29. Juli – Flugplatz Penzing – mit gemischten Gefühlen verlasse ich das Flugzeug aus Skopje. Dazwischen 111 Tage Einsatz als Seelsorger für die Soldaten des deutschen Kontingentes in Mazedonien und im Kosovo. 111 Tage, die angefüllt waren mit Wechselbad von Erlebnissen, Gefühlen und Begegnungen.

Kennzeichnend und prägend für die Zeit in Mazedonien waren die Flüchtlingsströme, die aus dem Kosovo heraus und nach Mazedonien hineindrängten, mit all den daraus erwachsenden Aufgaben und Problemen. Die Bilder, die sich uns allen, besonders aber den beim Lageraufbau oder der medizinischen Betreuung Beschäftigten boten, waren oft genug nur schwer zu verarbeiten, zu verstehen waren sie wohl kaum. So drängten sich bei vielen, gerade den älteren die Erinnerungen an die Bilder der Flüchtlingslager und des Flüchtlingselends nach dem zweiten Weltkrieg in unserem Land auf, auch wenn wir das nur aus den Erzählungen unserer Eltern kannten. Das hautnahe Erleben dieses Elends stellte immer wieder die Frage nach Sinn, nach Recht und Gerechtigkeit, nach der Verantwortung des einzelnen, des Staates und auch der Völkergemeinschaft, letztendlich auch die **Frage nach Gott**, wenn z. B. im fast gleichen Augenblick im Rettungszentrum des Lagers ein Kind zur Welt kam und ein anderes verstarb.

Nach tragbaren Antworten suchen

Hier mit den betroffenen Soldaten nach tragbaren Antworten zu suchen oder bei der Suche zu helfen, war eine der Aufgaben der Militärseelsorger beider Konfessionen in dieser Zeit. Dies war für uns als Seelsorger (es waren zwei evangelische und zwei katholische Militärpfarrer im Einsatz) nicht leicht, da auch wir in das Geschehen nicht nur funktional, sondern natürlich auch emotional eingebunden waren und eigenes Erleben, eigene Gefühle, eigene Fragen und Überlegungen verarbeiten mussten.

So wurden die Gespräche in den Lagern oder nach der Rückkehr aus den Lagern oft zu einem gemeinsamen Ringen um Antworten, Antworten, die dann auch weitergegeben werden konnten.

Verlegung in das Kosovo

Aus der Anspannung der humanitären Hilfe traten nach deren Ende die Soldaten dann immer wieder heraus in die eigentliche Aufgabe, die Vorbereitung auf die Verlegung in das Kosovo. Dieses Heraustreten ließ dann wieder ganz andere Fragen wichtig werden, die in den Vordergrund drängten und nach Lösung riefen. So stellte sich gerade in dieser Zeit des Wartens und des Übens die **Frage nach der Sinnhaftigkeit des Einsatzes**, die so während der Arbeit in den Flüchtlingslagern nicht zu hören war.

Auch bereiteten oft genug Probleme, die aus der Heimat herangetragen wurden, Sorge, lösten Ängste, geheime oder offen geäußerte, aus. Es zeigte sich, dass Schwierigkeiten, die ungelöst daheim zurückgelassen worden waren, nun mit weit größerer Wucht wieder zum Vorschein kamen. Geradezu brennglasartig focusierten sie sich, seien es Partnerschaftsfrage, finanzielle Probleme oder auch die verschobene oder verdrängte Frage: „Was wird, wenn ... (es zum Schlimmsten kommt!)"! **Zuhören war hier gefragt**, fertige, scheinbar brauchbar glatte Antworten fanden wenig Gehör.

Ein deutlicher Einschnitt war für uns alle der **Unfalltod** eines Kameraden, der vehement die Frage nach Sinn und Zweck, ja nach dem **Sinn des Lebens** überhaupt zu Gehör brachte. Hier konnte in einem ersten Schritt nur geklagt, ja auch angeklagt werden. Erst in einem zweiten war an eine Verarbeitung zu denken. Dabei sah sich mancher genötigt, sein Wertesystem neu zu bedenken und zu überarbeiten. Hilfestellungen aus **Antworten des christlichen Glaubens** anzubieten, aber nicht aufzudrängen, war hier vorrangige Aufgabe für uns als Militärseelsorger.

Ängste vor dem Ungewissen

Mit der Anfang Juni erfolgenden konkreten Vorbereitung und der nahe vor uns liegenden Verlegung in das Kosovo änderten sich die Fragestellungen. Latent vorhandene Ängste vor dem Ungewissen drängten nun stärker nach außen, da die relative Sicherheit und der bekannte Bereich, in dem man sich eingerichtet hatte, verlassen werden musste, und die meisten sich nicht vorstellen konnten, was sie erwarten würde. In dem Satz „Herr Pfarrer, gehen Sie auch mit?" spiegelte sich diese Unsicherheit in wenigen Worten wieder. Mancher, der vorher wenig mit Kirche anfangen konnte oder wollte, sucht in dieser Situation das Gespräch und eine ethische oder wie auch immer geartete metaphysische Antwort.

So erfolgte die Verlegung in das Kosovo unter einer äußersten physischen und psychischen **Anspannung aller Beteiligten**. Tiefe Betroffenheit riefen bei uns allen die Bilder hervor, die in den ersten Stunden und Tagen auf uns einstürmten. Bilder sinnloser Zerstörung, am Straßenrand zurückgelassene Habseeligkeiten, ausgebrannte Fahrzeuge, zerstörte Moscheen.

Zusammenarbeit von Psychologen und Seelsorgern

Diese Bilder riefen in uns eine große **emotionale Zustimmung zu unserem Auftrag**, aber auch Sorge um die Chancen der Erfüllung dieses Auftrags hervor. Die Zustimmung wuchs, als die Nachrichten von der Entdeckung von Massengräbern bekannt wurden, als die ersten an den Schauplätzen von Gräueltaten standen und davon berichteten. Solche Eindrücke galt es zu verarbeiten. Hier war eine **intensive Zusammenarbeit** von Truppenpsychologen, Seelsorgern und Vorgesetzten notwendig, um bleibenden traumatischen Störungen entgegenzuwirken.

Besonders deutlich kristallisierte sich heraus, wie wichtig eine funktionierende Zu-

sammenarbeit zwischen Truppenpsychologen und Militärseelsorgern in diesen Fragen ist, eine Zusammenarbeit, in der beide ihre Möglichkeiten zusammenfließen lassen und ihre speziellen Kompetenzen zugunsten der Betroffenen einsetzen. Wir Seelsorger sahen uns in dieser Zeit sehr konkret mit der Frage **„Wo ist Gott?"** konfrontiert, denn Gott schien im Erleben dieser Tage doch weit entfernt zu sein. Hier wirkte eine Antwort, die schnell parat war, eher zynisch als hilfreich.

Fragen nach dem Sinn des eigenen Tuns tauchten dann wieder auf, als die **Hilflosigkeit gegenüber der Gewaltbereitschaft** der ehemaligen Opfer gegen die ehemaligen „Täter" spürbar wurde. Die brennenden serbischen Häuser waren ein deutliches, sich einbrennendes Zeichen für diese tief empfundene Hilflosigkeit. Besonders belastend wirkte dabei die Diskrepanz des während des Tages beobachteten pulsierenden Lebens in Prizren zu den Gewalttaten in der Nacht. Beides einzuordnen kostete Zeit und **emotionale Kraft**, da gerade in dieser Anfangsphase die wichtige **Verbindung in die Heimat** äußerst schwierig war. Doch gerade diese Verbindung war für uns alle ein wichtiger Punkt der eigenen psychischen Stabilität.

Trotz der Belastungen, der psychischen wie der physischen, bleibt es bewundernswert, wie beides getragen und ertragen wurde. Erlebte Kameradschaft machte vieles leichter, die **Möglichkeit zum offenen Gespräch** vieles erträglicher. Uns alle hat diese Zeit in Mazedonien und im Kosovo geprägt und verändert, auch im Blick auf unseren Glauben und den Umgang mit diesem Glauben. Klarer als vorher steht mir wie wohl auch vielen anderen der Auftrag der christlichen Botschaft vor Augen, **für den Schwachen einzutreten** und **seine Menschenwürde zu schützen.**

Mehr als 10 Wochen nach der Rückkehr aus dem Kosovo ein Rückblick, ein subjektiver Rückblick, ein Rückblick mit gemischten Gefühlen. ■

Anm.:
Werner Herrmann, Militärpfarrer, ist evangelischer Standortpfarrer in Amberg.

Bilanz der humanitären Interventionen seit 1991
Wirksame Nothilfe oder Sackgasse ?

Gerhard Arnold

Der NATO-Luftkrieg gegen (Rest) Jugoslawien im Zusammenhang des Kosovo-Konflikts im Frühjahr dieses Jahres wurde von der westlichen Staatengemeinschaft ausdrücklich als humanitäre Intervention bezeichnet. Darunter versteht man heute militärische Zwangsmaßnahmen der UNO oder einer beauftragten Staatengruppe gegen einen anderen Staat, um dessen Bevölkerung oder Teile davon gegen massive Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Die Kosovo-Operation war die sechste Militäraktion dieser Art seit April 1991, die – mit Ausnahme des NATO-Luftkriegs in diesem Jahr gegen (Rest)Jugoslawien – mit Erlaubnis des Weltsicherheitsrates stattfanden.

Manche Kriegshandlungen wurden bereits im letzten Jahrhundert von ihren Akteuren als humanitäre Interventionen bezeichnet, um die eigene Kriegsführung als moralisch und letztlich auch rechtlich legitim erscheinen zu lassen, so bei der englischen Besetzung und Annexion von Lagos (1851/56), der Unterstützung Griechenlands im Krieg gegen die Türkei 1898, die die Autonomie Kretas erzwang, bis hin zur türkischen Besetzung Nordzyperns 1974 und der US-amerikanischen Luftlandeoperation auf Grenada 1983.

Man kann jedoch nicht sagen, dass solche humanitär begründeten Waffengänge einzelner Staaten sich gewohnheitsrechtlich verfestigt hätten und damit auch nach **Inkrafttreten der UNO-Charta** 1945 völkerrechtlich erlaubt seien. Im Gegenteil, im kollektiven Sicherheitssystem der UNO haben sich alle Mitgliedsstaaten in Art. 2 der Charta zur völligen Gewaltfreiheit in den gegenseitigen Staatenbeziehungen verpflichtet. Sie dürfen lediglich zur Selbstverteidigung nach einem erfolgten Angriff zu den Waffen greifen. Der **Weltsicherheitsrat** hat als einzige Institution das Recht, nach Kap. VII der UNO-Charta auch bewaffnete kollektive Zwangsmaßnahmen gegen Friedensbrecher anzuordnen.

Nach Ende des 2.Golfkriegs hat er am 5. April 1991 nach schwerer Verfolgung der irakischen Kurden durch das Regime Saddam Husseins seine Mitgliedsländer zur humanitären Hilfe aufgefordert und den Irak und seine Nachbarn zur Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen verpflichtet, mehr nicht. Man spricht inzwischen von der „historischen Resolution 688" vom 5. April. Sie stand am Anfang weiterer Ermächtigungen des Weltsicherheitsrates zu bewaffneter Gewaltanwendung zum Schutz von Menschengruppen vor Verfolgung, Bürgerkrieg und Massenmord.

Die weiteren humanitären UNO-Interventionen neuester Zählung waren die Eingriffe in den Bürgerkrieg in **Somalia** ab 1992, in **Bosnien** (z.B. Flugverbotszone), in **Ruanda** nach dem Bürgerkrieg 1994 und in **Haiti** zur Wiederherstellung demokratischer und verfassungsmäßiger Verhältnisse. Die sechs humanitären Interventionen neuester Zählung zwischen 1991 und 1999 sind unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten, unter dem völkerrechtlichen und dem politisch-militärischen.

Das Völkerrecht

Nach 1991 ist auch in Deutschland eine Fülle juristischer Facharbeiten zu dieser Thematik erschienen. Sie widmen sich der Frage, ob und wenn ja, wann und in welchem Umfang der Weltsicherheitsrat nach der UNO-Charta befugt ist, gegen ein Mitgliedsland Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, wenn es im Innern gegen die Menschenrechte verstößt. Der **weltweite Schutz der Menschenrechte** durch die internationale Gemeinschaft gewinnt immer größere Bedeutung.

Mittlerweile kann sich kein Staat mehr auf seine Souveränität berufen, wenn er Menschenrechte seiner Bürger oder einzelner Gruppen in seinem eigenen Gebiet mit Füßen tritt.

Die Menschenrechte gelten inzwischen als Gemeinschaftsgut der Völkerfamilie, die deshalb das Recht hat, ihre Achtung bei Staaten, die diese Rechte verletzen, einzufordern und auf Abhilfe der Missstände zu drängen. Die staatliche Souveränität hat Schranken, die im Zuge einer Weiterentwicklung des Völkerrechts deutlicher hervortreten.

Die ganz überwiegende Meinung der Völkerrechtler geht dahin, dass massive Menschenrechtsverletzungen in einem Land als eine **Bedrohung** der internationalen Sicherheit und **des Friedens** in der betroffenen Region qualifiziert werden können, so wie es der Weltsicherheitsrat während des Bürgerkriegs und der Hungerkatastrophe in Somalia erstmals am 3.12.1992 (Res. 794) praktizierte. Matthias Pape hat in seiner gründlichen Studie von 1997 (Humanitäre Intervention, Nomos-Verlag, Baden Baden) herausgearbeitet, dass „eine >massive Verletzung fundamentaler Menschenrechte< im Ergebnis jedenfalls dann anzunehmen sein wird, wenn Völkermord im Sinne der Genozid-Konvention oder andere Tötungen bzw. Todesfälle, Sklaverei, Folter oder Rassendiskriminierung festgestellt werden, die in einer gewissen Größenordnung auftreten" (S.136). In solchen schwerwiegenden Fällen ist der Weltsicherheitsrat nach Art. 39 der Charta befugt, darüber eine Feststellung zu treffen und evtl. kollektive Zwangsmaßnahmen, also eine **humanitäre Intervention**, nach Art. 42 anzuordnen.

In seiner Analyse der ersten drei humanitären Interventionen seit 1991 kommt Pape zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die Durchführung der Interventionen sehr problematisch war. Der Weltsicherheitsrat habe sich durch den Einfluss einzelner Großmächte bei der Entscheidung für Zwangsmaßnahmen „regelmäßig und überwiegend von anderen Gesichtspunkten abhängig gemacht als von dem Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen" (S. 278). Aktuelles Beispiel ist die barbarische russische Kriegsführung in Tschetschenien, die wegen der russischen Vetomacht zu keiner Verurteilung im Weltsicherheitsrat und noch weniger zu militärischen Zwangsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft führt. Auch verfüge die UNO, so Pape, über keine eigenen Kampftruppen, so dass die Operationsführung der ausführenden Staaten durchwegs von der Weltorganisation nicht hätte kontrolliert werden können.

Politische und militärische Aspekte

Der Weltsicherheitsrat hat Ende Oktober 1996 eine Koalition interessierter Staaten (coalition of the willing) ermächtigt, in den kriegerischen Konflikt im Grenzgebiet von Ruanda und Zaire militärisch einzugreifen, um eine – wie man jetzt weiß, nur vermeintliche – humanitäre Katastrophe zu beenden. Doch die NATO winkte schnell ab. Die Durchführung der Operation hätte einen riesigen logistischen Aufwand erfordert. Das schwierige Gelände und die unübersichtliche frontenlose Konfliktlage ließ aus rein militärischer Sicht keine erfolgversprechende Operation zu.

4. Jahresseminar des EAK-Sachsen 14.-15.1.2000

St. Bethlehemstift,
Hohenstein-Ernstthal,
Hüttengrund

„Europa – mehr als der Euro"
Die Zukunft Europas in der Spannung seiner 2000jährigen Geschichte

mit: Staatsminister a.D. **Albrecht Martin**, Bischof **Klaus Wollenweber**, Ministerpräsident **Dr. Kurt Biedenkopf**

Infos und Anmeldung
(mit/ohne Übernachtung)
bei Frau Heyder: unter
0351/44917-27

Aus ganz anderen Gründen hat die NATO noch nie erwogen, wegen der massiven türkischen Menschenrechtsverletzungen an den Kurden militärisch einzugreifen, ist doch die Türkei ein Mitglied der Allianz. Humanitäre Interventionen sind also seit 1991 nur in wenigen Fällen durchgeführt worden, gemessen am schreienden Menschenrechtselend auf der Welt. Den sechs Operationen seit 1991 haftet der Charakter der **fast willkürlichen Auswahl** an und hat z.B. bei den Christen im Südsudan zum Vorwurf an den Westen geführt, für die muslimischen Kosovoalbaner werde gekämpft, nicht aber für sie im Südsudan.

Auf politische Krisenprävention setzen

Matthias Pape und Gerhard Zimmer in der bislang neuesten Untersuchung (Rechtsdurchsetzung zum Schutz humanitärer Gemeinschaftsgüter, Aachen 1998) plädieren deshalb dafür, die UNO solle humanitäre Interventionen nur in ganz seltenen, dringenden und erfolgversprechenden Fällen durchführen, bzw. anordnen und stattdessen auf politische Krisenprävention setzen, auf die **vorbeugende Bearbeitung v.a. innerstaatlicher Konflikte**, ehe sie gewaltförmig eskalieren. Keine einzige humanitäre Intervention hat nämlich bisher, so beide Autoren, ihre angestrebten Ziele erreicht, die Ursprungskonflikte beigelegt und zu einem spürbaren Aufbau einer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung und sozialer Sicherheit geführt.

Es war nicht möglich, durch äußere Eingriffe in durchwegs hochkomplizierte Krisenlagen mit verschiedenen Ethnien, Religionen und internen Macht- und Sozialkonflikten und konkurrierenden wirtschaftlichen Interessen eine Befriedung zu erreichen. Auch die beiden Bundeswehroffiziere Joachim Rühle und Eberhard Höppner schreiben in ihrer Arbeit „Gefahr durch ethnische Konflikte": „Militärische Mittel können kurzfristig stabilisierend wirken, sie lösen den Konflikt aber nicht. Sie geben allenfalls Zeit, damit andere Lösungsmöglichkeiten greifen können. Dies bedeutet, dass die möglichst frühzeitige Erkennung von Konflikten .. besonders dringend geboten ist" (Europ. Sicherheit, 1/1997, S. 18-22; Zitat S. 22). Zim-

mer steht mit seinem Urteil nicht allein: „Jede >humanitäre Intervention< ist mit **unkalkulierbaren Risiken** verbunden und kommt per definitionem immer zu spät" (S.104).

Wirtschaftliche Sanktionen als ein Instrument gegen menschenrechtsverletzende Staaten – als Alternative zu humanitären Interventionen – werden in der Fachliteratur ebenfalls skeptisch betrachtet.

Der bisherige Rückblick ist ernüchternd. Die Bilanz der bisherigen humanitären Interventionen kann nicht durchwegs als katastrophal angesehen werden (siehe Bosnien). Sie gibt aber gerade nach dem jüngsten Kosovo-Einsatz und den sich dort neu auftürmenden Problemen für UNO, OSZE und NATO Anlass, dieses Instrument außerordentlich kritisch zu betrachten. Aber auch ein anderes, wirklich wirksames Instrument in der Hand der UNO steht noch nicht zur Verfügung. Es war richtig, 1998 in Rom einen **internationalen Gerichtshof** zur Aburteilung von Kriegsverbrechern zu schaffen, aber es wird lange Zeit dauern, bis er Wirkung entfaltet.

Stärkung des Menschenrechtsgedankens

Auch die Stärkung des Menschenrechtsgedankens ist eine unendlich mühsame, aber nötige Bildungsaufgabe weltweit. Der Königsweg der politischen Krisenprävention, von beiden großen **Kirchen** seit Jahren gefordert und von der neuen Bundesregierung als ihr außen- und entwicklungspolitisches Anliegen hervorgehoben, ist gegenwärtig noch mehr Programm als Realität.

In christlicher Nüchternheit sollte man deshalb die Grenzen äußerer Einwirkungsmöglichkeiten, v.a. der militärischen, gerade bei innerstaatlichen Konflikten anerkennen und die „klassischen" Instrumente der humanitären Nothilfe und der Blauhelmeinsätze nicht verschmähen, solange keine besseren zur Verfügung stehen. ■

Anm.:
Gerhard Arnold ist evgl. Pfarrer und Oberstudienrat.

Aufbruch im Land der Zedern – Die Evangelische Gemeinde in Beirut

Joachim Gerhardt

Wie durch ein kleines Wunder ist die kleine evangelische Kirche dem Kugelhagel der Heckenschützen und Granatwerfer entkommen. Sie liegt im Westteil Beiruts, der auf einem Felsvorsprung trotzig ins Mittelmeer ragt, umgeben von Gemäuern, die auch fast zehn Jahre nach Ende des Bürgerkrieges allen Baukränen zum Trotz die Wunden eines Kampfes tragen, den auch Beteiligte als „sinnlosesten aller Zeiten" bezeichnen.

Mitten in diesem Inferno hat die kleine deutschsprachige evangelische Gemeinde in Beirut durchgehalten. Nun zieht langsam Normalität ein. In der Stadt wie in der Gemeinde. Anfang September hat das Pfarrerehepaar Weltzien aus Stuttgart seine Arbeit aufgenommen als Nachfolger von Andreas Maurer, der die Gemeinde durch die Wirren der ersten Nachkriegsjahre führte.

Der Blick der Gemeinde, die vor gut 140 Jahren von Geschäftsleuten aus

Sichtbare Zeichen der Zerstörung – auch noch 10 Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieg.

Deutschland, der Schweiz und Frankreich gegründet wurde, ist nach vorne gerichtet. Und doch holt einen die Erinnerung an diese „grauenvolle Zeit" immer wieder ein. Die Gemeindekirchenrat trifft sich an diesem Abend zu seiner ersten Sitzung mit dem neuen Pfarrerehepaar. Ein Gemeindemitglied erzählt, wie bis zu 150 Menschen aus der Nachbarschaft, egal welcher Religion, in den Kriegswirren Schutz im Keller des Gemeindehauses fanden, wie emsige Gemeindeglieder eine Suppenküche aufbauten, um die Not zu lindern, wie seine Familie in das Gemeindehaus einzog, damit es nicht von Soldaten und Freischärlern besetzt und geplündert wurde. Und nicht ohne Stolz berichtet er von den Gottesdiensten, die sie jeden Sonntag feierten, auch als der damals aus der Schweiz stammende Pfarrer das Land längst verlassen musste. „Vier oder fünf waren wir, aber wir haben die Fahne aufrecht gehalten."

„Wir haben die Hölle überlebt"

Die Erinnerung lebt, auch weil vergangene Nacht wieder der Strom ausgefallen ist. Die Folge eines israelischen Angriffs auf das zentrale Umspannwerk der Stadt Ende Juni, der wiederum die Reaktion auf einen Raketenangriff der Hizbullah auf Nordisrael war. Im Libanon herrscht Frieden, aber der Krieg ist nicht vorbei. Daran erinnern auch die Kontroll-Posten der syrischen Armee, auf die man an fast jeder strategisch wichtigen Stelle stößt. Sie sind gut zu erkennen an den überlebensgroßen Portraits des syrischen Staatspräsidenten Hafiz al-Assad, die einen Hinweis geben, wer im Land wirklich das Sagen hat. An einem dieser Checkpoints müssen die Gemeindeglieder auch vorbei,

wenn sie zum sonntäglichen Gottesdienst wollen. Aber sie tun dies mit gesundem Selbstbewusstsein, „das man eben besitzt, wenn man die Hölle hier überlebt hat", sagt einer.

Während draußen der Muezzin laut hörbar zum Abendgebet ruft, trägt der Vorsitzende Alexander Acra, Mitarbeiter eines Beiruter Bauunternehmens, die Tagesordnung vor. Er erzählt von der Haushaltsplanung, von der Schwierigkeit, die Stelle der Gemeindediakonin neu zu besetzen, und den Plänen, das Gemeindehaus zu erweitern – Themen, auf den ersten Blick nicht andere als in einem Presbyterium oder Kirchenvorstand im 5000 Kilometer entfernten Deutschland.

Viele suchen Heimat in der deutschen Gemeinde

Gespannt hört das Pfarrerehepaar zu. Friedericke (42) und Uwe (44) Weltzien teilen sich die Auslands-Pfarrstelle in Beirut. Für das württembergische Pfarrerehepaar ist die Stadt kein Neuland. Friedericke Weltzien ist hier aufgewachsen. Ihr Vater unterrichtete Botanik an der Amerikanischen Universität, die nur einen Katzensprung vom Gemeindezentrum entfernt liegt. Gemeinsam mit ihrem Mann ist sie seitdem oft im Libanon gewesen. Nun sind sie mit drei Kindern, Nadja (16), Jakob (13) und Jan (12) „zurückgekommen", sagt sie und bezeichnet Beirut für sich als „ein Stück Heimat".

Heimat ist auch das, was viele Menschen in der Evangelischen Gemeinde zu Beirut suchen. Die Gemeinde zählt knapp 100 Mitglieder aus sechs Nationalitäten, fast so viele, wie vor dem Krieg: Botschaftsangehörige, die Leiterin des Goethe-Instituts, der Mitarbeiter eines deutschen Konzerns, der seine Niederlassung in Beirut wiedereröffnet hat oder ein deutscher Ingenieur, der seit mehr als 20 Jahren bei einer libanesischen Fluggesellschaft arbeitet.

Die meisten Gemeindeglieder sind jedoch Frauen, die einen Libanesen geheiratet haben und ihm hierher gefolgt sind. Der wöchentliche Frauentreff ist eine der wichtigsten Angebote des Gemeindelebens. Hier treffen sich Frauen aus den sogenannten „Mix-Mariages". Es brauche viel Kraft, berichtet eine Frau, die mit einem Moslem verheiratet ist, „sich nicht nur in eine fremde Gesellschaft, sondern auch in eine fremde und oft männlich dominierte Religion einzuordnen". Andere Frauen sind zum Glauben ihres Mannes übergetreten, besuchen aber weiterhin die evangelische Gemeinde – nicht immer zur Freude des Ehemanns.

Ökumenische Offenheit ist nach Ansicht von Alexander Acra eine lebenswichtige Voraussetzung für die Gemeinde, will sie nicht im kaum überschaubaren religiösen Pluralismus des Libanons untergehen. Das Land lebe von dem friedlichen Zusammenleben der Religionen, sagt er, von Schiiten, Sunniten, Drusen und den unterschiedlichsten christlichen Kirchen und Gemeinschaften – und sei trotzdem an dessen Scheitern im Bürgerkrieg fast zerbrochen.

Der Blick der Gemeinde ist nach vorne gerichtet.

Der Dialog zwischen den Religionen schafft Frieden

Den Proporz zwischen den Religionen regelt die Verfassung: Die christlichen Maroniten stellen immer den einflussreichen Staatspräsidenten, die Sunniten den Premierminister und die Schiiten den Parlamentspräsidenten. Dieser Proporz setzt sich fort von den höchsten Regierungsämtern bis in die kleinste Verwaltungseinheit. Der Anteil der Moslems ist inzwischen auf über die Hälfte der geschätzten mehr als vier Millionen starken Bevölkerung gewachsen, auch eine Folge der verstärkten christlichen Emigration der Kriegsjahre. Die mit Abstand größte christliche Gruppe sind die **Maroniten** (ca. 37 %), eine katholische mit Rom unierte Kirche. Nur etwas mehr als zwanzigtausend Mitglieder zählen die Protestanten, die sich im „Supreme Council of Evangelical Churches in Syria and Libanon" zusammengeschlossen haben.

Friedericke und Uwe Weltzien sehen im interreligiösen Dialog ein wichtiges Feld ihrer Arbeit, denn der Krieg habe die Trennung zwischen den Religionen eher wieder gefestigt, sagen sie. Das Pfarrerehepaar ist Gründungsmitglied der überkonfessionellen Begegnungsstätte „Dar al-Salam" (**„Haus für den Frieden"**) im Südlibanon, in die zunehmend auch Studienreisen aus Deutschland führen. Dort geht es um die Frage: Wie können Menschen unterschiedlichen Glaubens und ungleicher Chancen miteinander leben, statt sich gegenseitig umzubringen? „Im Libanon fangen die Menschen an, eine Antwort auf diese Frage zu suchen und zu finden", sagt Friedericke Weltzien voller Hoffnung.

„Gemeindearbeit in Beirut zwingt dich, über den Kirchturm hinauszuschauen", ergänzt ihr Mann. Und gerade das schätzen beide an ihrer Arbeit. Zusammen setzen sie sich auch für Kinder palästinensischer Flüchtlinge im Libanon ein. Rund 350.000 Flüchtlinge leben in elf großen Lagern: deutlich abgegrenzt von der libanesischen Bevölkerung und unter katastrophalen Verhältnissen, „vergessen von der Welt und ignoriert von den eigenen politischen Führern", erklärt Uwe Weltzien. Indem die evangelische Gemeinde zum Beispiel den Erlös ihres Weihnachtsbasars für diese Menschen stiftet, versucht sie auch hier ein Zeichen zu setzen.

Mehr als ein Zeichen setzen kann sie nicht. „Dafür reichen unsere bescheidenen Mittel nicht", sagt der Vorsitzende

des Gemeindekirchenrats. Ein größeres öffentliches Interesse, auch von Deutschland, wäre für ihn schon wünschenswert. Noch kommen wenige Besucher in den Libanon, obwohl das Land der Zedernbäume entgegen aller Bürgerkriegsklischees in vielen Medien inzwischen fast überall sicher ist und eine beeindruckende Landschaft und eine Vielzahl wichtiger biblischer und historischer Zeugnisse bietet.

„Beirut ist nicht Jerusalem", sagt Uwe Weltzien und denkt mit etwas Neid an die deutschsprachige evangelische Gemeinde dort, in der sich die Gemeindegruppen aus der Heimat die Klinke in die Hand geben. Beide Städte liegen keine sechs Autostunden entfernt. Doch solange der nahöstliche Friedensprozess nicht entscheidend vorankomme, bestehe auch keine Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme, ist Friedericke Weltzien „realistisch".

Persönliche Erfahrungen mit Israel

Israel ist ein Reizthema im Libanon, auch in der deutschen Gemeinde. Wer 1982 den Einmarsch israelischer Truppen erlebt hat und ohnmächtig die Zerstörung des eigenen Grundstückes mit ansehen musste, wer heute noch bei jedem Feuerwerk – nicht immer zu Unrecht – die Bombardierung durch israelische Kampfjets vermutet, der bildet sich sein eigenes Urteil über den südlichen Nachbarn. „Wenn sich hier etwas dauerhaft ändern soll, muss der Stärkere zuerst nachgeben", sagt ein Gemeindeglied und meint Israel.

Während draußen die Sonne längst dunkelrot in den warmen Fluten des Mittelmeeres untergegangen ist, geht die Sitzung des Gemeindekirchenrats in die dritte Stunde. Der Vorsitzende kommt auf die geplante Aufstockung des Gemeindehauses zu sprechen. Es geht um die Zukunft der evangelischen Gemeinde zu Beirut. Denn alle wissen, dass die Gemeinde auf die Mehreinnahmen durch Vermietung der neu zu schaffenden Räume unbedingt angewiesen ist. Die Zuschüsse der EKD gehen nach Angaben Acras zurück und sicherten nicht einmal mehr das Gehalt für die Pfarrstelle. Die wieder erstarkte libanesische Währung mache zudem alles noch teurer. Viele Gemeindeglieder lebten aufgrund von Verlusten während der Bürgerkriegsjahre schon selber in eingeschränkten Verhältnissen, sagt er und kommt zu dem Schluß: „Wenn es nicht gelingt, unsere Kosten zu decken, muss die Gemeinde geschlossen werden."

Immerhin habe die EKD dankenswerterweise für das Darlehen zum Baubeginn die Bürgschaft übernommen, fährt er fort. Doch nun drohe das Projekt an der libanesischen Proporz-Bürokratie zu scheitern. Die handelsüblichen Pauschalbeträge, um den Vorgang bei der Verwaltung positiv zu bewegen, seien kaum zu bezahlen. Jetzt sollen weitere Spenden eingeworben werden, die neben den Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen der EKD ohnehin schon die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde sind. „Wir werden das hinbekommen", macht der Vorsitzende allen Mut. „Wir haben den Krieg überlebt, das schaffen wir auch!"

Die Stimmung ist optimistisch. Weltziens werden sich in den nächsten Tagen an das Auspacken ihrer zahlreichen Kartons mit theologischem und persönlichem Hausrat machen – vorausgesetzt, die libanesischen Behörden geben nach zwei Monaten Zollprüfung gegen eine Kaution endlich den Umzugscontainer frei. Die Gitarre ist zum Glück schon da. Denn am Sonntag ist wieder Gottesdienst, und die Gemeinde kann sich zur Zeit keinen Organisten leisten. Derweil begleitet die Gemeinde der Zuspruch des Theologen Sören Kierkegard, der das Motto des letzten Gemeindebriefs ist: „Man kann das Leben nur rückwärts verstehen, aber muss es vorwärts leben." ■

Anm.:
Joachim Gerhardt ist
Pressesprecher des Evangelischen
Kirchenkreises Bonn.

Evangelische Gemeinde zu Beirut
P.O.B. 11-4018, Beirut/Libanon
Tel.: 00961-3-839 196
Fax: 00961-1-740 319
Spenden: Konto 590 612 /
BHF-Bank (Frankfurt a.M.)
BLZ: 500 202 00

Buch

Horst Georg Pöhlmann: Heiliger Geist - Gottesgeist, Zeitgeist oder Weltgeist? Anstöße zu einer neuen Spiritualität, Reihe „Apologetische Themen", Bd. 10, Friedrich Bahn Verlag, Neukirchen-Vluyn 1998, ISBN 3-7615-5040-5.

In seinem umfassenden, doch knappen und gut lesbaren neuen Buch über den Heiligen Geist gelingt es Horst G. Pöhlmann in aufregender Weise, zwei Welten zusammenzubringen, die geschichtlichen Grundlagen des Geistzeugnisses und die Erfahrungsbreite oder -armut heutiger Spiritualität. In der Bibel wird bezeugt, wie der Geist das Volk Gottes immer schon begleitet hat und wie die urchristliche Gemeinde im Pfingstgeschehen enthusiastisch, d. h. außer sich vor Freude und Liebe, ihr geschichtliches Dasein entfaltete. Reich vor allem an biblischen „Quellen" wird das „Feuer" des jüdisch-christlichen Geistes in seiner Brenn- und Leuchtkraft angesichts aktueller kritischer Diskussionen auf dem neuesten Stand vorgeführt. Im großen Fundus theologischer, d. h. „intern" pneumatologischer, wie auch weltlicher, „extern" geist-bezogener Literatur sieht Pöhlmann dieses Geistzeugnis zum Teil wiederentdeckt, reflektiert und neu belebt. In einer „tour d'horizont" umreißt er die Fülle der Entwürfe zum Geistthema und nennt präzise aktuelle, zum Teil sonst schwer auffindbare Texte. Daraus entsteht eine „Phänomenologie" des Heiligen Geistes, die wie eine anschaulich konzipierte Ausstellung die Hauptrichtungen und Facetten des „Geistigen" besehbar und begehbar macht -, obwohl gerade „das Wichtigste in unserem Leben unsichtbar ist" (Kap. I., S. 14).

In vier Teilen wird die Lehre vom Geist erschlossen: aus der theologischen Pneumatologie (II.), aus der „Herausforderung der Charismatischen und Pfingstbewegung" (III.), aus dem „externen" Geistzeugnis in Philosophie, Psychologie, Dichtung, Naturwissenschaft und den nichtchristlichen Religionen (IV.) sowie durch eine Anleitung zu persönlicher, im erweiterten Sinn christlicher Spiritualität (V.).

(Hans-Hermann Tiemann)

Betr.: „EV" 10/99: „Mega-Thema: Bildung"

Bildung entscheidet über unsere Zukunft, Bildung ist der beste Schlüssel zum Arbeitsmarkt und die beste Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit. Bildung ist ein unverzichtbares Mittel des sozialen Ausgleichs.

Unsere Zukunft kennzeichnet eine bisher nicht gekannte Komplexität und Freiheit, damit verbunden ist jedoch auch eine größere Verantwortung für den einzelnen. Dafür brauchen wir einen Grundkonsens über unsere Bildungsziele, ohne verordnete Einheitlichkeit, sondern mit Raum für Kreativität und Innovation. Bildung darf sich nicht auf die Vermittlung von Wissen beschränken, sondern beinhaltet ebenso die Vermittlung von Werten und sozialen Kompetenzen. Unerlässlich sind Persönlichkeitseigenschaften, wie Veränderungsfähigkeit und -bereitschaft, Kreativität, Selbständigkeit, Eigeninitiative und Flexibilität, aber auch Verantwortungsgefühl, Disziplin und Konfliktbereitschaft.

Wir sind uns einig, dass diese Grundsätze in der Schule nicht theoretisch vermittelt werden können, sondern durch Lehrende wie Erziehende, aber auch durch Eltern täglich durch beispielhaftes Verhalten vorgelebt werden müssen.

Die besondere Verantwortung von Schule für unsere Kinder und Jugendlichen liegt also sowohl in einer Vermittlung von Fach- und Methodenkompetenz als auch im kooperativen, den anderen respektierenden Umgang miteinander, insbesondere der Chancengleichheit von Mädchen und Jungen. Formal gleiche Bildungschancen haben Mädchen und Jungen heute unbenommen. Mädchen und junge Frauen haben dank ihrer guten Ausbildung eine Fülle von beruflichen Möglichkeiten.

Perspektivisch reicht dies aber nicht aus, denn das statistisch gesehen gute Abschneiden der Mädchen auf die Bildungsabschlüsse bezogen, spiegelt sich nicht in ihrer weiteren beruflichen Entwicklung wieder.

Mädchen sind nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt oder von ihm ausgeschlossen. Bundesweit entscheiden sich immer noch rund 88 % der Frauen für nur 12 Berufsgruppen. Dass diese Berufsgruppen oftmals gekennzeichnet sind durch geringen Lohn und geringere Aufstiegschancen, ist uns bewusst und bekannt.

Trotz ermunternder Signale des Arbeitsmarktes für ein naturwissenschaftlich/ technisches Studium wählen Mädchen überproportional häufig als Studienrichtung Pädagogik, Kunst-/ Kulturwissenschaften, Sprachen.

Die Erfahrung zeigt, dass wir die Ursachen dafür in der Sozialisation suchen müssen. Folgende Punkte sind mir deshalb für die Zukunft unserer Schulen besonders wichtig:
Schule stellt für die heranwachsenden Mädchen und Jungen eine bedeutende **Sozialisationsinstanz** dar. Sie lernen Umgangsweisen mit Gleichaltrigen, mit Erwachsenen und unter Erwachsenen kennen, sollten Tugenden wie Höflichkeit, Respekt – ich meine nicht Unterwürfigkeit! – Ordnung und Sauberkeit erleben. Persönlichkeits- und Allgemeinbildung sind elementare Voraussetzungen, um Chancengleichheit in einer offenen und solidarischen Gesellschaft zu verwirklichen.

Schule muss ihrer **Verantwortung für eine tatsächliche Chancengleichheit** von Mädchen und Jungen gerecht werden. Bisher praktizierte Formen der **Koedukation** werden dem nicht gerecht, weil Koedukation in der Schulwirklichkeit oftmals reduziert wird auf den parallelen Unterricht von Jungen und Mädchen zum selben Zeitpunkt in demselben Raum mit derselben Lehrperson. Koedukation ist aber mehr. Koedukation muss der Weg sein, auf dem die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Chancengleichheit der Geschlechter gelegt werden. Es ist wichtig, dass sich die Mädchen und Jungen damit auseinandersetzen, wie sie sich selbst und ihr Verhältnis zu dem anderen Geschlecht erleben, was sie in ihrem Umfeld an Erwartungen und Bewertungen zu den Geschlechterrollen erleben und wie sie selbst dies bewerten.

Schule hat den gesellschaftlichen Auftrag, Voraussetzungen für das gesamte Leben zu entwickeln. Das beinhaltet die pädagogische Verpflichtung, Lernmotivation zu wecken, kreative Fähigkeiten zu entfalten und herkunftsbedingte Benachteiligungen auszugleichen. Möglich ist dies nur, indem gesellschaftliche Entwicklungen wahr- und aufgenommen werden.

Lernmotivation zu wecken, heißt auch, zum lebenslangen Lernen zu befähigen. Die entscheidende Frage lautet: Wie lerne ich lernen und wie komme ich an neues Wissen? Die Anforderungen eines lebenslangen Lernens stehen nicht nur vor der heranwachsenden Generation, sondern auch vor uns, den Eltern, Lehrerinnen und Lehrern wie den Erziehern. Das bedeutet, dass Lehrende sich neuen Anforderungen an ihren Beruf gegenübergestellt sehen und darauf in ihrer Ausbildung vorbereitet und in einem breiten gesellschaftlichen Konsens unterstützt werden müssen.

Lebenslanges Lernen bedeutet auch eine neue Sicht auf die Berufsorientierung zu bekommen. Den einmal erlernten und anschließend bis zum Eintritt in den Ruhestand ausgeübten Beruf wird es nicht mehr geben. Berufsorientierung muss eingebettet sein in eine Lebenswegplanung, die als Prozess zu sehen ist. Das kann nur gelingen, wenn Schule sich dafür öffnet und zwar flächenübergreifend und in Kooperation mit Eltern, Hochschule oder Universität, Wirtschaft und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Zukunftsperspektiven zu eröffnen, heißt – konkret bezogen auf die Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in der Schule bzw. die Koedukation – auch, kritisch zu bewerten, dass sich der naturwissenschaftliche Unterricht in der Schule vor allem an den Interessen und Vorstellungen von Jungen orientiert. Es bieten sich jedoch zahlreiche Möglichkeiten, um die naturwissenschaftlichen Interessen von Mädchen zu wecken oder anders ausgesprochen, nicht zu verschütten, sondern Begabungen zu fördern. Dazu bedarf es jedoch einer Herangehensweise, die sich auch an der Lebensrealität der Mädchen orientiert.

Chancengleichheit und Zukunftsperspektiven heißt ebenso die Stärkung sozialer Kompetenzen von Jungen über Unterrichtsinhalte, spezifische Angebote im Unterricht und möglicherweise veränderte Interaktionsformen im Schulleben.

Friederike de Haas, MdL
Mitglied im
EAK-Bundesvorstand

Begegnungen am Reformationstag in der Lutherstadt Eisleben

Eisleben. Eine Delegation des EAK-Bezirksverbandes Niederrhein unter Vorsitz von **Dirk von Hahn** hatte vor der letzten Bundestagswahl in Eisleben und Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) Wahlhilfe geleistet. Dabei hatte man vereinbart, die Beziehung durch einen erneuten Besuch in diesem Jahr zu festigen. Am 31.10. nahmen die Fahrtteilnehmer an einem gemeinsamen Gottesdienst in der Andreaskirche in Eisleben teil (hier hielt Luther seine letzte Predigt). Gegenstand der Predigt waren neben Grundwahrheiten der Rechtfertigungslehre auch der Konsens, der zwischen katholischer und der lutherischen Kirche in der gemeinsamen Erklärung erzielt worden ist.

Die Gemeinde hatte im Anschluß zu einem Gespräch in den Gemeindesaal eingeladen. Themen waren: Zahl der Christen in den neuen Bundesländern (25% evgl, 5 % kath.: in Sachsen-Anhalt wesentlich weniger), die Situation des Religionsunterrichts in Sachsen-Anhalt (im Schuljahr 1995/96 nahmen von 380.000 Schülern 28.350 am Ethikunterricht, 11.350 am ev. und 900 am kath. Religionsunterricht teil), die Sonntagsarbeit. Beeindruckend waren die Ausführungen einiger Gemeindemitglieder über Versuche, den Kindern schon in den Kindergärten christliches Gedankengut nahezubringen.

Am Abend trafen sich die Fahrtteilnehmer im „Reformator" mit Mitgliedern des EAK-Sangerhausen und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen aus Eisleben. Dabei konnte die EAK-Vorsitzende Sangerhausen, **Frau Schneppe**, den CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden, **Dr. Christoph Bergner**, begrüßen. In der lebhaften Diskussion ging es darum, wie Christen hier zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme beitragen können. Dr. Bergner stellte fest, dass es in den neuen Bundesländern eine erfreulich hohe Zahl von kirchlich gebundenen Abgeordneten gebe.

Nachdem der CDU-Fraktionsvorsitzende des Eislebener Stadtrates, **Herr Leischer**, die bevorstehende Gründung des EAK-Eisleben mitgeteilt hatte, wurde der Wunsch geäußert, die geknüpften Kontakte verstärkt fortzusetzen.

Hauptversammlung des EAK-Leipzig-Stadt

Leipzig. Der bisherige Kreisvorsitzende **Hartmut Nischik** zog Bilanz über zwei Jahre EAK-Arbeit in der Stadt Leipzig. Während der EAK-Leipzig mit seinen Frühjahrs- und Herbstforen in die Öffentlichkeit tritt, um in Vortrag und Diskussion aktuelle Themen christlicher Verantwortung in politischer Dimension zu behandeln, wendet er sich gekoppelt mit der monatlichen Vorstandssitzung dem Innenverhältnis evangelischer Christen zur Politik und umgekehrt der CDU-Mitglieder zu ihren Kirchgemeinden zu. Für die neue Wahlperiode sind Gemeinschaftsveranstaltungen mit z.B. RCDS und KPV angedacht.

Die anschließende Wahl brachte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Hartmut Nischik, Stellvertreter **Michael Peter**, Beisitzer **Dr. Herbert Behnke, Angelika Dreikopf, Christiane Grimm, Heinz Kriehmig, Dr. Lothar Vosberg.**

2-Jahresbilanz zog Hartmut Nischik.

Der EAK-Niedersachsen lädt ein:

„DEUTSCHLAND VEREINT nach vorn – wo ist das?"

14.-16. Januar 2000 (Beginn: 18.15 Uhr/Ende: 14 Uhr)
Heimvolkshochschule Hermannsburg, Hermannsburg (bei Celle)

mit: Landessuperintendent **Hans-H. Jantzen**, Lüneburg
Matthias Koch, Hannoversche Allgemeine Zeitung
CDU-Landesvorsitzender Prof. Dr. **Wolfgang Böhmer**, Magdeburg
Pastor **Ponniah Monoharan**, Asienreferent des ELM

Infos bei Gustav Isernhagen unter Tel.: 05196/1333

Zur Finanzsituation der Kirchen

Karlsruhe. Auf 134 Mio. Mark bezifferte der für die Finanzen der Evangelischen Kirche in Baden zuständige Oberkirchenrat **Dr. Beatus Fischer** in einem Gespräch mit dem EAK der CDU-Baden die Einnahmeausfälle für seine Kirche aufgrund der rotgrünen Steuerreform, der Neuregelung der 630-mark-Jobs und der Auswirkungen des Familienurteils des Bundesverfassungsgerichtes. Diese Verluste belaufen sich im Jahr 2002 auf 19 % der gesamten Kirchensteuereinnahmen in Baden.

Seit 1992 seien die Kirchensteuereinnahmen unter Berücksichtigung der Inflationsrate schon um 25 % zurückgegangen. Gründe hierfür seien der Rückgang der Zahl der Kirchenmitglieder durch die erhöhte Austritts- und Sterbequote sowie der Rückgang der Zahl der evangelischen Erwerbstätigen und die Erhöhung der Arbeitslosenquote auch in Baden-Württemberg.

Vor zehn Jahren gestorben: der EAK-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder

Nachdem 1955, kaum mehr als ein Jahr nach Hermann Ehlers, auch dessen Nachfolger Robert Tillmanns verstorben war, suchte der Evangelische Arbeitskreis einen jüngeren Vorsitzenden, der der Arbeit zu etwas mehr Kontinuität verhelfen würde. Aber damit, dass Gerhard Schröder den EAK für über zwanzig Jahre, bis ihm schließlich 1978 Roman Herzog folgte, führen würde, hatte am 1. Dezember 1955 wohl niemand gerechnet.

Die Wahl des damals 45jährigen Schröder war keine Überraschung gewesen. Vom Nationalsozialismus weitgehend unbelastet, hatte Schröder nach dem Kriege, den er als einfacher Soldat von Anfang an hatte mitmachen müssen – Offizier konnte er aufgrund der teilweise jüdischen Herkunft seiner Frau nicht werden –, eine rasante Karriere gemacht. Nach einigen Jahren im nordrhein-westfälischen Innenministerium und der Stahlindustrie zog er 1949 für den Wahlkreis Düsseldorf-Mettmann in den Bundestag ein. Dort erwarb er sich durch sein Engagement in der Frage der Montanmitbestimmung rasch großes Ansehen und wurde stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Schon 1953 berief Adenauer den evangelischen Politiker, der nie einen Zweifel an seiner **festen Verwurzelung im Protestantismus** gelassen hatte, zum Bundesinnenminister.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit als EAK-Vorsitzender gelang es Schröder, eine organisatorische Konsolidierung des EAK herbeizuführen. Mit der Unterstützung von Walter Strauß, Wilhelm Hahn, Edo Osterloh und vielen anderen kam es auch zu einer erheblichen Aktivierung der inhaltlichen Arbeit. Nicht zuletzt seit Schröders Ernennung zum Außenminister 1961, die ihn auch zu einem der potentiellen Erben Adenauers bzw. Erhards werden ließ, gewannen die Bundestagungen und die sonstigen Aktivitäten des EAK eine weit größere öffentliche Beachtung als je zuvor. Während der **„protestantischen Periode"** der Union, als mit Erhard, Schröder und von Hassel evangelische Politiker die Regierung führten, errang die CDU ihre größten Wahlerfolge im evangelischen Raum, was auch stets ein Anliegen des EAK gewesen war.

Dr. Gerhard Schröder, EAK-Bundesvorsitzender 1955-1978

Schröder nutzte in dieser Zeit den EAK als ein Forum, auf dem er in großen außenpolitischen Grundsatzreden um Unterstützung insbesondere für seine Politik der vorsichtigen Öffnung nach Osteuropa warb. Dabei war er sehr erfolgreich; im evangelischen Raum hatte er einen sicheren Rückhalt für die „Politik der Bewegung", die vor allem innerparteilich sehr umstritten war. Aber gerade in diesen großen Erfolgen lag auf der anderen Seite auch eine gewisse Problematik, denn der EAK wurde dadurch in die innerparteilichen Auseinandersetzungen der sechziger Jahre, Folge der Konkurrenz um die Kanzlerschaft, aber auch der sachlichen Differenzen in der Außenpolitik, hineingezogen.

Immer wieder wurde der EAK von katholischer Seite verdächtigt, Schröder eine Hausmacht verschaffen zu wollen. Kurz vor dem Ende der kurzen Ära Erhard wurden von den katholischen Schröder-Gegnern in der Union sogar die Gründung eines katholischen Pendants zum EAK vorbereitet. Da es Gerhard Schröder aber 1966 nicht gelang, seine politische Karriere mit der Kanzlerschaft zu krönen und da mit Kiesinger wieder ein Katholik ins Kanzleramt einzog, verlief jenes Unternehmen im Sande.

Mit seiner Haltung, seiner Fairness, mit der nüchternen, unpolemischen Sachlichkeit seiner Argumentation verkörperte Gerhard Schröder **einen spezifisch protestantischen Stil in der Politik**. Bei der Bundespräsidentenwahl 1969 unterlag er dem Kandidaten von SPD und FDP, Gustav Heinemann, der für das andere, barthianisch geprägte Spektrum des Protestantismus stand. Danach wurde es allmählich ruhiger um Gerhard Schröder. Als Vorsitzender des außenpolitischen Bundestagsausschusses wuchs er in die Rolle eines elder statesman hinein, dessen Rat auch von den Regierenden anderer politischer Couleur gesucht wurde.

In der Silvesternacht 1989, wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer, starb er in seinem Haus in Kampen auf Sylt. Die **Vollendung der deutschen Einheit**, die stets ein **Ziel seiner politischen Arbeit**, insbesondere als Außenminister, war, konnte er nicht mehr erleben.

Dr. Torsten Oppelland, Institut für Politikwissenschaft, Jena

Die Feier ward zu bunt und heiter, mit der die Welt dein Fest begeht.
Mach uns doch für die Nacht bereiter, in der dein Stern am Himmel steht.
Und über deiner Krippe schon zeig uns dein Kreuz, du Menschensohn.

Jochen Klepper

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr wünscht Ihnen die Redaktion.

(Abb: Correggio: Anbetung des Kindes)

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,– DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet · Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

Gott spricht:

Wenn ihr mich von ganzem Herzen suchen werdet, so will ich mich von euch finden lassen.

Jahreslosung 2000
Jeremia 29,13.14

Was charakterisiert die Schwelle zum 21. Jahrhundert am stärksten? Es ist die Suche der Menschen nach einem Sinn im Leben. Der Wiener Psychotherapeut Viktor E. Frankl, der Begründer der Logotherapie, war davon überzeugt, dass die Behandlung der Sinnfrage früher oder später in die Frage nach Gott einmünden würde. Wer den Sinn seines eigenen Lebens entdecken will, kann dies nur, wenn er der Gottesfrage nicht ausweicht. Nach Gott zu fragen, das hatte das Volk Israel beinahe schon aufgegeben. Es befand sich in der Gefangenschaft in Babylon und war verzweifelt. In diese Situation hinein sprach der Prophet Jeremia. Seine Botschaft enthält eine Bedingung und verknüpft diese mit einem Versprechen.

Das Entscheidende vorweg: Gott will sich finden lassen. Das heißt nichts anderes, als dass man ihn tatsächlich auch finden kann, dass die Frage nach Gott eine Antwort erhält. Er ist also nicht der Unnahbare, der im Himmel thront und die Welt sich selbst überlässt. Wer dieses Prophetenwort durch die Brille des Neuen Testaments liest, der sieht in Jesus den menschgewordenen Gott, der sich nicht zu fein war, sich in unsere Verhältnisse hineinzubegeben. Gott lässt sich identifizieren. Als Mose einst Gott nach seinem Namen fragte, bekam er als Antwort: „Sage den Kindern Israel, mein Name ist: Ich werde sein, der ich sein werde." Das heißt: Ich bin derjenige, der für euch da ist, der unter euch ist – mit mir dürft ihr rechnen.

Gott lässt sich finden – aber man muß ihn auch suchen. Manch einer meint, der Glaubende müsse von unerschütterlicher Gewissheit durchdrungen sein, die keine Zweifel kennt. Das hebräische Wort „suchen" enthält aber noch eine Reihe weiterer Bedeutungen wie fragen, untersuchen, forschen, erforschen und sogar bitten. Das geschieht natürlich nicht im luftleeren Raum. Wer die Bibel nicht zur Hand nimmt, wer die Gemeinschaft der Glaubenden in der zum Gottesdienst versammelten Gemeinde meidet – wie soll dessen Suche nach Gott zum Ziel kommen? Es gibt also Hilfsmittel, derer sich jeder und jede bedienen kann.

Wer Gott sucht, sollte es von ganzem Herzen tun. Die Suche nach Gott ist eine Herzensangelegenheit. Woran der Mensch sein Herz hängt, das ist sein Gott, wusste Martin Luther zu sagen. Gott kann man nicht mit halbem Herzen suchen, nach dem Motto, dass es da wohl noch die eine oder andere Alternative geben könnte. Wer auf der Suche nach seinem Lebenssinn auf andere Götter setzt – Macht, Geld, Horoskope –, der wird nicht ans Ziel kommen. Von ganzem Herzen suchen heißt, seine Aufmerksamkeit ganz – im Sinne von ungeteilt – Gott schenken und von ihm alles erwarten.

Und wozu das alles? Jeremia gibt wenige Verse zuvor die Antwort (29,11): damit wir Zukunft und Hoffnung haben. Beides ist denen verheißen, die sich auf Gott verlassen. Etwas Besseres gibt es nicht. ■

Udo Hahn, Oberkirchenrat, arbeitet als Pressesprecher für die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) in Hannover.

Unsere Autoren:

Landeskirchenrat
Klaus Teschner
Postfach 32 03 40
40418 Düsseldorf

Militärpfarrer
Werner Herrmann
Leopoldstr. 8
92224 Amberg

Pfarrer
Gerhard Arnold
H.-Zimmerer-Str. 37
97076 Würzburg

Pfarrer
Joachim Gerhardt
Bennauerstr. 29
53115 Bonn

Udo Hahn
Gutsstr. 13
31319 Sehnde-Rethmar